



## Newsletter

*April 2017*

Liebe Leserin, lieber Leser,

jetzt ist er da – der lang erwartete Brief aus London mit dem Ersuchen Großbritanniens, aus der EU auszutreten. Natürlich war dies der Tagesordnungspunkt mit der größten öffentlichen Aufmerksamkeit und den vollsten Sitzreihen im Parlament (mal abgesehen von den Abstimmungen, bei denen ja Präsenzpflcht herrscht). Viel beachtet wurde auch der Antrittsbesuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit einer sehr pro-europäischen Rede.

Ich konnte diese Woche mit dem Abschlussbericht des Abgasuntersuchungsausschusses und der Bestätigung der Gesetzesprozesse für die Verordnungen zu Medizinprodukten und In-Vitro-Produkten zwei Kapitel schließen.

Und für alle, die gern nähere Einblicke in meine Arbeit erhalten möchten: Meine Halbzeitbilanz 2014-2017 ist da, in Druckform erhältlich über mein Wahlkreisbüro, digital zu finden auf meiner Homepage: [Link zur Halbzeitbilanz](#) .

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie frohe Ostertage!

# *Inhalt*

## **I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen**

Brexit offiziell eingeleitet: Parlament verabschiedet Resolution	<i>Seite 3</i>
Deutliche Verbesserung der Patientensicherheit durch neue Medizinprodukte-Verordnungen	<i>Seite 3</i>
„Brüssel-TÜV“ wurde verhindert	<i>Seite 4</i>
EU bestätigt Ende von Daten-Roaming ab Sommer 2017	<i>Seite 4</i>
Parlament verabschiedet Bericht zur Frauenförderung auf dem Land	<i>Seite 5</i>
Bundespräsident Steinmeier zu Antrittsbesuch im Europäischen Parlament	<i>Seite 5</i>

## **II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg**

Searica: Veranstaltung zur Nordsee als Wirtschaftsraum	<i>Seite 7</i>
--	----------------

## **III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"**

Bremerhaven: Lebensmittelkennzeichnung und Rotorblätter	<i>Seite 8</i>
"Brexit": Veranstaltung mit der Friedrich-Naumann-Stiftung	<i>Seite 8</i>
CEBIT: Digitale Welt und Drohnen-Café	<i>Seite 8</i>

## **IV. Europa unter der Lupe**

Die Europäische Zentralbank	<i>Seite 10</i>
-----------------------------	-----------------

## **V. Terminvorschau**

## *I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen*

### **Brexit offiziell eingeleitet: Parlament verabschiedet Resolution**

Seit dem 29. März haben wir Gewissheit: Großbritannien hat durch ein offizielles Schreiben an Ratspräsident Donald Tusk den Austritt aus der Europäischen Union eingeleitet. Ich habe schon an vielen Stellen bekundet, wie sehr ich diesen Schritt bedaure, daran hat sich auch nach wie vor nichts geändert. Nun geht es für die EU darum, mit 27 Mitgliedstaaten näher zusammenzurücken und geschlossen in die Verhandlungen mit den Briten zu gehen, die vor dem Sommer 2019 abgeschlossen sein sollen.

Anlässlich dieser Situation debattierte das Parlament letzten Mittwoch etwa drei Stunden lang über die kommenden Verhandlungen. Auch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und der EU-Chefverhandler für den Brexit, Kommissar Michel Barnier, hatten sich auf der Rednerliste eingetragen. Es wurde schnell klar, dass der Austritt eines solch großen Mitglieds zu massiven Verwerfungen in der EU führt und nicht nur Fragen zu den Kosten des Austritts oder zur Abwicklung der Verträge entstehen. Einige Abgeordnete sprachen an, dass durch den Brexit territoriale Konflikte in Europa wieder zur Realität werden könnten. Denn bereits jetzt ist klar, dass es um Gibraltar in Südspanien - das aber offiziell zum Vereinigten Königreich gehört - Streitigkeiten geben wird. Auch die Grenze zwischen Nordirland und Irland könnte wieder zum Konfliktherd werden, wenn man sich nicht so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch begibt. Für mich ist es kaum zu glauben, dass auf europäischem Boden wieder über solche Fragen diskutiert werden muss. In der Debatte vor der Brexit-Abstimmung war über diese Themen wenig berichtet worden. Erst jetzt werden allen die vollen Konsequenzen dieser Entscheidung der Briten klar.

Aus diesem aktuellen Anlass wurde mit den Stimmen von Christ- und Sozialdemokraten, Grünen und auch meiner liberalen Fraktion eine gemeinsame Resolution verabschiedet, in der das Parlament klarstellt, unter welchen Bedingungen es einem Austrittsabkommen 2019 zustimmen kann. Somit wird das Parlament das letzte Wort über das Abkommen haben. Dadurch kann es seine Rolle als Vertretung der europäischen Bürger ausüben und sich für deren Interessen einsetzen. In der Resolution wird klargestellt, dass in den Verhandlungen unter anderem der künftige Status der EU-Ausländer in Großbritannien geklärt werden muss, ebenso wie die Zahlung der noch ausstehenden Verpflichtungen von Großbritannien an die EU. Einem Abkommen, das diese zentralen Punkte nicht zufriedenstellend klärt, wird das Europäische Parlament nicht zustimmen! Deshalb ist es umso erfreulicher, dass diese Position von allen Befürwortern der EU fraktionsübergreifend geteilt wird. Dies wird dem Parlament mit Chefverhandler Guy Verhofstadt, unserem ALDE-Fraktionsvorsitzenden, ein stärkeres Gewicht in den Verhandlungen geben.

Jetzt wird es darum gehen, mit den Briten gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten, die für beide Seiten zufriedenstellend ist. Es kann nicht das Ziel sein, die Briten für ihren Austritt „bestrafen“ zu wollen. Aber es ist gut, dass wir im Europäischen Parlament rote Linien für die Verhandlungen festgelegt haben, die wir nicht aufweichen werden. Großbritannien kann nicht alle Vorteile des Binnenmarktes und der Zollunion in Anspruch nehmen, ohne Mitglied zu sein und ohne die Freizügigkeit zu akzeptieren. Wir dürfen gespannt sein, wie gut die Verhandlungen ablaufen werden und werden dann in zwei Jahren hoffentlich einem guten Abkommen zustimmen können, das den Übergang für die betroffenen Bürger so reibungslos wie möglich gestaltet.

### **Deutliche Verbesserung der Patientensicherheit durch neue Medizinprodukte-Verordnungen**

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat zwei Verordnungen über Medizinprodukte und In-Vitro-Medizinprodukte verabschiedet. Damit wird weitestgehend das Ergebnis der Verhandlung mit dem Rat vom 25. Mai 2016 bestätigt. Das Ergebnis ist zufriedenstellend und bietet eine deutliche Verbesserung der Patientensicherheit. Es wird den bürokratischen Aufwand minimieren und soll gleichzeitig Hindernisse für Innovationen vermindern.

Dennoch liegt die wichtige Implementierungsphase noch vor uns: Die Kommission muss nun dafür sorgen, dass das Gesetz zügig umgesetzt wird, damit Hersteller genügend Vorlaufzeit haben, um die neuen Anforderungen zu erfüllen. Dies gilt insbesondere für die Ausweisung der benannten Stellen. Die Kommission muss dringend Anforderungen festlegen, die für die benannten Stellen gelten, damit diese

eingesetzt werden können und wiederum den Herstellern Klarheit geben, welche Kriterien für die Genehmigung erfüllt werden müssen.

Die wichtigsten Neuerungen im Detail:

- Regelungen für ästhetische Medizinprodukte: Diese fallen erstmalig in den Anwendungsbereich. So werden Brustimplantate künftig als Klasse-III-Medizinprodukt, also als Höchst-Risiko-Produkt eingestuft und unterliegen strengen Zulassungs-Anforderungen.
- Zulassung-Prüfverfahren für hohe Risikoklassen: Künftig müssen Medizinprodukte der hohen Risikoklasse III oder implantierbare Produkte der Klasse II b ein besonderes Verfahren ('Scrutiny Procedure') durchlaufen. Die benannten Stellen, in Deutschland TÜV oder DEKRA, die die Zulassung erteilen, müssen in diesen Fällen ein Expertenkomitee, welches der Kommission unterliegt, hinzuziehen.
- Wiederaufbereitung von Einmalprodukten: Die Mitgliedstaaten müssen die Wiederaufbereitung von Einmalprodukten erlauben. Die von Parlament und Rat geforderte 'Negativliste' – also eine Liste mit Produkten, die nicht für die Wiederaufbereitung geeignet sind, musste wegen Androhung der Kommission, im Nachhinein ein Veto einzulegen, fallen gelassen werden.
- Nanomaterialien und krebserregende Stoffe (CMRs): Künftig sollen Medizinprodukte, die Nanomaterialien enthalten, entsprechend Ihrem 'Freisetzungsrisiko' klassifiziert werden. Solche Produkte, von denen ein hohes oder mittleres Risiko ausgeht, dass Nanomaterialien im Körper freigesetzt werden, werden in die höchste Risikokategorie eingestuft, Produkte mit geringem Risiko in die mittlere Risikoklasse und Produkte, deren Risiko vernachlässigbar ist, in die geringe Risikoklasse. Der Einsatz von CMRs soll nach Möglichkeit vermieden werden. Sind diese Substanzen nicht zu vermeiden, können sie weiter eingesetzt werden, allerdings muss dies begründet werden. Ein Verbot konnte abgewendet werden.
- Haftbarkeit: Hersteller müssen mit der neuen Richtlinie sicherstellen, dass genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um im Schadensfall den Patienten zu entschädigen. Entscheidend für die Höhe der Sicherheit ist dabei die Risikostufe. Eine Zwangsversicherung ist vom Tisch.

Die Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union ist für den 5. Mai vorgesehen, das Gesetz tritt zwanzig Tage danach in Kraft. Ab dann gilt eine Übergangsfrist von drei Jahren, die es Herstellern oder Behörden ermöglicht, die neuen Vorschriften umzusetzen. Für diesen Zeitraum gelten weiterhin die bestehenden Vorschriften. Einige ausgestellte Zertifikate sind weiterhin gültig, aber maximal vier Jahre.

### **„Brüssel-TÜV“ wurde verhindert**

Die Forderung nach einer Europäischen PKW-Überwachungsbehörde wurde diese Woche vom Plenum des Parlaments abgelehnt. Eine gute Entscheidung, wie ich finde. Die Forderung nach einer Europäischen Überwachungsbehörde war aufgekommen, als Betrugsfällen bei verschiedenen Herstellern bekannt wurden. Einige Abgeordnete hätten am liebsten gleich mit einer neuen europäischen Agentur geantwortet. Die brauchen wir aber nicht, schon gar keinen europäischen TÜV. Es würde völlig ausreichen, wenn die Kommission und die Ministerien der Mitgliedstaaten ihre Arbeit machen würden, was leider in der Vergangenheit durch die Bank weg häufig nicht der Fall war. Fakt ist, dass 2007 im Trilog per Gesetz europäische Emissionsgrenzwerte für NOx etc festgelegt wurden, sich aber weder die Kommission noch die Regierungen der Mitgliedstaaten - alle haben das Gesetz ja unterschrieben und sich damit zur Einhaltung verpflichtet - daran gehalten haben. Eine neue Agentur würde nur den Verwaltungsapparat der Kommission weiter aufblähen und Steuergelder kosten, ohne zusätzlichen Nutzen zu bringen. Eine PKW-Überwachungsbehörde war eine der Kernempfehlungen des rechtlich unverbindlichen Berichtes des Untersuchungsausschusses, der im März 2016 berufen wurde, um die Betrugsfälle bei der Abgasmessung von Dieselfahrzeugen aufzuklären.

### **EU bestätigt Ende von Daten-Roaming ab Sommer 2017**

Eine gute Nachricht: Ab 15. Juni 2017 werden Verbraucher überall in Europa Daten zu den gleichen Kosten wie zu Hause aufrufen können. Roaming-Gebühren entfallen. Das ist der Kern des bereits im Februar

erreichten Verhandlungsergebnis mit dem Rat über ‚Roam like at home‘, die das Plenum des Europäischen Parlaments jetzt bestätigt hat.

Dieser Erfolg ist ein Beweis dafür, dass die EU, insbesondere das Europaparlament, Versprechen hält. Durch die Deckelung der Tarife für Datenübertragungen profitieren Verbraucher von niedrigeren Preisen, Anbieter von Sicherheit bei Investitionen in Infrastruktur, und kleine Anbieter werden geschützt. Geschäftsleute und Touristen können zukünftig Europa bereisen, ohne sich um Ihre Telefonrechnung sorgen zu müssen. Es ist auch ein bedeutender Erfolg für die liberale Fraktion im Parlament, die sich von Anfang an für diesen Vorschlag stark gemacht hat.

Die sogenannten Großhandelskosten, die sich Anbieter von Datendiensten gegenseitig für die Nutzung der jeweiligen Netze berechnen, werden ab Juni dieses Jahres schrittweise reduziert. Ab 2022 werden sie auf einen gemeinsam vereinbarten und deutlich niedrigeren Preis begrenzt. So bezahlen Anbieter ab Juni 2017 nur noch €7.70 per GB, und dann ab 2022 nur noch €2.50 per GB. Somit haben Anbieter Zeit ihre Geschäftsmodelle anzupassen und gleichzeitig die Preise für den Endbenutzer niedrig zu halten. Bei Anrufen, liegt die Vereinbarung bei €0,032 gegenüber den €0,04, die von der Kommission vorgeschlagen wurde. Der Preis für SMS wird auf € 0,01 begrenzt, wie ursprünglich vorgeschlagen.

### **Parlament verabschiedet Bericht zur Frauenförderung auf dem Land**

Ein Bericht zum Thema der Situation von Frauen in ländlichen Gebieten wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Obwohl ich kein Mitglied der beiden federführenden Ausschüsse (AGRI und FEMM) bin, ist es doch ein Thema, welches mir als „ländliches Gewächs“ am Herzen liegt. Gerade Frauen in ländlichen Regionen sind in einigen Mitgliedstaaten von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Folgerichtig habe ich auch dem Antrag zugestimmt.

Er sieht unter anderem vor, die Förderungsmöglichkeiten für Frauen in ländlichen Regionen zu verstärken und die Erwerbsquote der Frauen, die weit unter dem Niveau bei den Männern liegt, zu erhöhen und somit die vielen Potentiale besser nutzen zu können. Leider ist es noch immer so, dass die vielen „versteckten“ Arbeiten von Frauen nicht ausreichend berücksichtigt werden, was beispielsweise bei Ehefrauen von Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe der Fall ist. Der Bericht regt an, den Ehefrauen in der Landwirtschaft europaweit einen beruflichen Status zuzuschreiben, damit auch diese von Leistungen wie Rentenansprüchen, Ausbildungsmöglichkeiten oder auch Mutterschaftsurlaub profitieren können.

Künftig soll die Gemeinsame Agrarpolitik der EU also auch geschlechterspezifische Aspekte berücksichtigen. Ziel soll es sein, Frauen voll am beruflichen Leben in ländlichen Gebieten teilhaben zu lassen, die massive Abwanderung in die Städte zu bremsen und das Lohn- und Rentengefälle zwischen den Geschlechtern abzubauen. Auch Betriebsgründungen durch Frauen sollen durch Mikrofinanzierungsinstrumente und Kreditvergabe erleichtert werden, sowie Berufs- und Familienleben leichter miteinander vereinbar sein. Um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, sollten definitiv mehr Frauen in die Erwerbstätigkeit gebracht werden. Natürlich profitiert auch unsere Wirtschaft von mehr gut ausgebildeten weiblichen Arbeitskräften. Die EU kann durch die gemeinsame Agrarpolitik ihren Teil dazu beitragen, dass auf dem Land diesbezüglich noch mehr und noch schneller Fortschritte gemacht werden. Abgelehnt habe ich allerdings den Antrag, alle Projektförderungen von der Gleichstellung abhängig zu machen, das geht meines Erachtens zu weit.

### **Bundespräsident Steinmeier zu Antrittsbesuch im Europäischen Parlament**

Der vor gut zwei Wochen neu vereidigte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte sich das Parlament in Straßburg als Ort für seine erste Rede außerhalb von Deutschland ausgesucht. Vor vollen Rängen zeichnete er die Geschichte der Europäischen Union anhand seines eigenen Lebensverlaufes nach. Doch der Brexit zeige, so Steinmeier, dass der Weg der europäischen Union nicht vorgezeichnet und dass der Fortschritt der Union immer mit Anstrengungen und Mühen verbunden sei. Wer sich für Europa entscheide, entscheide sich auch immer für das Komplizierte und das Mühsame. Die europäische Vielfalt sei ein Abenteuer, aber eben auch anstrengend. Persönlich kann ich dies jeden Tag bestätigen, doch ich kann auch sagen, dass es sich auf jeden Fall lohnt.

Der Bundespräsident betonte die besondere Rolle Deutschlands für die EU, die eben kein Mittel zum Zweck eines bestimmten Landes sei, wie es US-Präsident Trump im Januar noch behauptet hatte. Zudem rief er Europa dazu auf, nicht zu schweigen, wenn etwa Universitäten in Ungarn von Schließung bedroht würden, wie es gerade in Budapest der Fall ist. Das Fundament für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wackele nicht nur außerhalb, sondern auch bereits innerhalb der europäischen Grenzen.

Steinmeier legte Wert auf die Feststellung, dass zur Demokratie auch der Streit gehöre. Doch unter guten Demokraten müsse man eben auch bereit sein, nicht nur andere zu überzeugen, sondern sich auch überzeugen zu lassen. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass auch stets die andere Seite Recht haben könne. Populisten, die die Welt in Schwarz und Weiß malten, sei entschiedener Widerstand entgegensetzen. Ich denke, dass der Bundespräsident hier einen guten Eindruck abgegeben hat und keinen Zweifel daran gelassen hat, dass ein überzeugter Europäer und Demokrat an der Spitze unseres Staates steht.



## ***II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg***

### **Searica: Veranstaltung zur Nordsee als Wirtschaftsraum**

Die Nordsee ist einer der am stärksten ausgelasteten maritimen Wirtschaftsräume der Welt. Mit Hamburg, Rotterdam und Antwerpen liegen die drei größten Häfen des Kontinents im Nordseeraum, was eine besonders hohe Dichte an Schifffahrtsrouten zur Folge hat. Andererseits ist die Nordsee besonders gut geeignet für die Erzeugung erneuerbarer Energien, insbesondere aus der Windkraft. Gleichzeitig ist die Nordsee ein sehr sensibles Ökosystem, wie das faszinierende und komplexe Wattenmeer zeigt. Dementsprechend wichtig ist es, dass die vielen Anrainerstaaten bei der Entwicklung und dem Management dieser maritimen Region eng zusammenarbeiten. Außer Norwegen handelt es sich ausschließlich um EU-Staaten, anders als etwa im Mittelmeer oder im Schwarzen Meer. Dennoch gestaltet sich die Kooperation in der Nordsee besonders schwierig und wird von nationalen Alleingängen behindert.

Deswegen habe ich als Präsidentin der Searica-Intergroup in enger Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei der Europäischen Kommission am 28. März eine Konferenz ausgerichtet, bei der die Möglichkeiten einer besseren Kooperation diskutiert wurden. Vor rund 80 Teilnehmern wurden verschiedene Projekte vorgestellt, bei denen Kooperationen von lokaler über regionaler und nationaler bis hin zur europäischen Ebene im Mittelpunkt stehen. Dabei ging es um die mehrfach Nutzung von Windparkflächen, die Chancen von Aquakultur sowie dem möglichst effizienten Umgang mit Abfallprodukten aus der Fischverarbeitung.

Gerade auf Grund der Komplexität bietet die Nordsee ein enormes Potential einer engen Vernetzung verschiedener Akteure dieses Wirtschaftsraums. Dafür ist es aber wichtig, auf der Suche nach Partnerschaften und neuen Initiativen über die Grenzen und Hoheitsgebiete hinauszuschauen. Eine grenzübergreifende Vernetzung der Windparks kann regionale Überlastungen der Stromnetze verhindern, bessere Absprachen und Regelungen im Bereich der Fischerei sind nötig, um die Überfischung weiter zu reduzieren, und um die Innovationskraft dieses Wirtschaftsraums voll zu nutzen. Außerdem sind Investitionen nötig, die ein Staat alleine nicht leisten kann.

Auch hier wird aber der Brexit eine Rolle spielen: die Frage, wie bestehende und geplante Smart Grids und Kooperation von England und Schottland mit den anderen Nordseeanrainern künftig funktionieren werden, konnte keiner der Experten so richtig beantworten.

### **Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:**

- Im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer, Tierarzneimittel und Antibiotikaresistenz, EASA, Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft;
- Demnächst im Trilog: Typengenehmigung;
- Im Ausschuss: Sicherheit von Passagierschiffen, Luftverkehrspaket, Strategie für emissionsarme Mobilität, Grenzüberschreitende Paketzustelldienste;

### *III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"*

#### **Bremerhaven: Lebensmittelkennzeichnung und Rotorblätter**

Jetzt kann man schon fast von einer Tradition sprechen: bereits zum 3. Mal habe ich für Studenten der Lebensmitteltechnologie auf Einladung von Professor Hauke Hilz (gleichzeitig Landesvorsitzender der FDP Bremen) eine Vorlesung über europäische Gesetzgebung insbesondere in diesem Bereich gehalten. Da wir zurzeit kein aktuelles Lebensmittelgesetz beraten, musste meine Verhandlung für die Ausbildung europäischer Binnenschiffer als Beispiel herhalten – zur Verdeutlichung des Vorgehens allemal geeignet und eigentlich passend zu einer Stadt an der Wesermündung. Neben bestehenden Regelungen zu Lebensmittelkennzeichnung, Lebensmittelzusatzstoffen und Herkunftsangaben von Frischfleisch waren aber wie immer auch allgemeine Fragen zur Arbeit im Europaparlament und aktuellen Themen Gegenstand der Diskussion.

Im Anschluss besuchte ich mit einer kleinen Delegation liberaler Stadtabgeordneter das Fraunhofer Institut IWES, wo Rotorblätter verschiedener Größe in Handarbeit hergestellt und Prototypen auf riesigen Prüfständen getestet werden. Die Produktionshalle erinnerte mich fast an eine Schneiderwerkstatt mit großen Rollen unterschiedlich dicker Folien, Bändern und anderem Zubehör, natürlich alles viel größer dimensioniert. Im "Rohbau" draußen auf dem Gelände konnten wir sehr gut die verschiedenen Materialien erkennen, die beim Korpus zum Einsatz kommen: gepresster Hartschaum, andere Leichtfaserstoffe und sehr viel Holz – nach Fertigstellung mit weißer Umhüllung nicht mehr sichtbar. Und beim Gruppenfoto wurden uns so recht die gigantischen Ausmaße der Rotorblätter für große Anlagen bewusst: wir passten locker zu dritt in den Blattansatz. Ein sehr lohnenswerter Termin!

#### **"Brexit": Veranstaltung mit der Friedrich-Naumann-Stiftung**

Erstmals hat unsere liberale Stiftung in Hannover gemeinsam mit der Europa-Union zu einem Diskussionsabend eingeladen. Der Saal in der Altstadt war voll, und das lag sicher auch an dem Thema, denn es ging um den "Brexit". Nach ausführlichen sachkundigen Grußworten der Europa-Union, der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) und des Europäischen Informationszentrums (EIZ) war bereits viel zum Ablauf der anstehenden Verhandlungen, zu Terminen, Rechtslagen, Beteiligten und sich abzeichnenden Schwierigkeiten gesagt. Mein Part bestand darin, nicht nur die politische Diskussion im Europaparlament und die Vorbereitung von Stellungnahmen in den einzelnen Fachausschüssen wiederzugeben, sondern insbesondere auch Stimmungen auf den Fluren, die Betroffenheit britischer Abgeordneter und Mitarbeiter und die Auswirkung des Referendums auf unsere Arbeit zu beschreiben. Ein Referent der IHK zeigte detailliert wirtschaftliche und finanzielle Konsequenzen der anstehenden "Scheidung" auf. Großbritannien wird zwar selbst am meisten auch finanzielle Einbußen hinnehmen müssen, aber Deutschland ist aufgrund seiner traditionell umfangreichen wirtschaftlichen Beziehungen zum Inselstaat ebenfalls stark betroffen. Unseren Beiträgen folgte eine lebhafte Diskussion, und natürlich konnte bei einigen Fragen die Antwort von uns nur gemutmaßt werden, denn auch den Expertengruppen ist vieles noch unklar. Fazit: ein gelungener Abend, der vor allem auch die positive Einstellung des Publikums zur Zukunft der EU und die Bereitschaft zu entsprechender "Werbung" zeigte.

#### **CEBIT: Digitale Welt und Drohnen-Café**

Ein Rundgang über die CEBIT ist wie eine Reise in die Zukunft. Auch in diesem Jahr hatte die Messeleitung wieder ein fachlich passgenaues Programm für mich vorbereitet: Vernetztes Fahren mit Ökobilanz-Reaktion, Optimierung des Internethandels mit Cloud-Computing, Internet der Dinge, komplett autonomes Fahren, bargeldloses "Parken und Laden", Spezialladesäulen für E-Mobilität, Mikrokopter für Schadensermittlung an Brücken und Windrädern, ein bezahlbares (!) Elektroauto eines jungen Startup-Unternehmers und Drohnen jeglicher Größe, u.a. bereits im Einsatz zur Vermessung von Walen.

Im Anschluss nahm ich im Drohnen-Café an einer Diskussionsrunde teil und berichtete über die europäische Regelungen zu "allem was fliegt": in der gerade im Gesetzgebungsverfahren befindlichen



EASA-Verordnung wird u.a. der Einsatz von Drohnen – wirtschaftlich und privat – erstmals europaweit geregelt. Wichtig dabei ist, die richtige Balance zu finden zwischen Sicherheit und Freiheit – ein sehr liberales Thema. So wird beispielsweise durch "Geofencing" verhindert, dass Drohnen Start oder Landung der Linienflüge auf Flughäfen gefährden können. Auch wird es künftig Führerscheine/ Fluglizenzen und genaue Register für Drohnen geben, wobei da nach Größe der Drohne unterschieden wird. Natürlich muss auf Sicherheit geachtet werden, wenn der Luftraum immer „voller“ wird. Aber auch Besitzer von Modellflugzeugen oder „Spielzeugdrohnen“ haben ein Recht auf Ausübung ihres Hobbies - das sicherzustellen war und ist mir wichtig.

## *IV. Europa unter der Lupe*

### **Die Europäische Zentralbank**

Häufig wird vergessen, dass auch Deutschland eine der großen EU-Institutionen beheimatet. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich seit ihrer Gründung 1998 in Frankfurt am Main niedergelassen und wacht von dort als unabhängige Instanz über die europäische Geldpolitik.

Nötig wurde eine gemeinsame Geldpolitik durch die Einführung des Euro. Dieser wurde drei Jahre vor Einführung der Münzen und Scheine zur offiziellen Währung in den Mitgliedstaaten gemacht. Seitdem ist bei uns nicht mehr die Deutsche Bundesbank für die Kontrolle der Geldpolitik verantwortlich, sondern die EZB. Die Bundesbank bleibt aber im Rat der EZB vertreten und hat damit ein Mitspracherecht bei den Entscheidungen, ebenso wie alle anderen nationalen Zentralbanken.

Die Arbeit der Zentralbank besteht im Wesentlichen darin, die Geldmenge auf den europäischen Märkten zu regulieren. Dabei ist das primäre Ziel der EZB die Kontrolle der Inflationsraten, die nahe bei 2% im Jahr, aber nicht darüber liegen sollen. Zudem soll die Zentralbank auch eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung der Mitgliedstaaten fördern. Die EZB übt diese Aufgabe unabhängig von der Politik aus und ist damit nicht an Weisungen von politischen Entscheidungsträgern gebunden. Was auf den ersten Blick vielleicht undemokratisch erscheint, ist in Wahrheit ein Sicherheitsmechanismus, der Politiker daran hindern soll, ihre Wahlversprechen kurzfristig durch das Drucken von Geld zu finanzieren. Gerade Deutschland hat in der NS-Zeit mit politisch gebundenen Zentralbanken sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Mehrere Instrumente stehen der EZB für die Erfüllung ihrer Ziele zur Verfügung. Sie kann den Leitzins verändern, zu dem sich Geschäftsbanken frisches Geld bei der EZB leihen können. Ist dieser Zins niedrig, ist der Anreiz für Banken sehr hoch, sich auf diese Weise zu refinanzieren und die Geldmenge auf den Märkten steigt an. Dadurch sollen Investitionen angeregt werden, doch die Inflationsrate kann dann schnell ansteigen. Will die Zentralbank gegenteilige Effekte erreichen, wird sie den Leitzins erhöhen. Banken können ebenfalls zu einem gewissen Zins Geld bei der EZB über Nacht „parken“. Dieser Zins ist momentan allerdings negativ, sodass es die Banken Geld kostet, dies zu tun. Die EZB will damit die Banken ermutigen, Geld nicht zu horten, sondern mehr Kredite an private Investoren oder normale Kunden zu vergeben, damit Investitionen in Europa zunehmen.

Dieser Gedankengang ist gut nachvollziehbar, jedoch stellen die niedrigen Zinsen Sparer vor große Probleme, da ihre Anlagen kaum noch etwas einbringen. Lange war dies noch kein großes Problem, da auch die Inflation praktisch bei null lag. Doch jetzt, wo die Inflation wieder anzieht, werden niedrige Zinsen zum Problem. Sollte die EZB sich dafür entscheiden, die Zinsen wieder anzuheben, müssen Banken und Mitgliedstaaten aber darauf vorbereitet sein, denn momentan scheint das billige Geld zur Selbstverständlichkeit geworden zu sein. In den USA können wir beobachten, wie die dortige Zentralbank erfolgreich eine Wende eingeleitet hat, ohne die Märkte aus dem Gleichgewicht zu bringen. Ein Ende der lockeren Geldpolitik ist also in Sicht und die Zinsen dürften auch wieder steigen.

## V. Terminvorschau

19.4.	Malta	BlueMed-Konferenz
20.4.	Malta	Ministerkonferenz Meerespolitik
24.-27.4.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Miniplenium
24.-28.4.	Brüssel	Besucher "Young Visitors"
25.4.	Brüssel	Jurysitzung Europäischer Bürgerpreis
26.4.	Brüssel	SEARICA-Meereskonferenz mit Kommissar Vella
27.4.	Berlin	FDP-Bundesvorstand
28.-30.4.	Berlin	FDP-Bundesparteitag
2.-4.5.	Brüssel	Ausschüsse, Bürgermeister zu Besuch
9.-11.5.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Trilog
15.-18.5.	Straßburg	Fraktion, Plenum, Besuchergruppe
18.5.	Straßburg	SEARICA-Konferenz
19.5.	Poole	Europäischer Tag der Meere

Absprachen für Termine in Deutschland und Interesse an Besucherreisen bitte über Kirsten Zander in meinem Wahlkreisbüro.

Kontakt: [info@gesine-meissner.de](mailto:info@gesine-meissner.de); Tel.: 05103-706637



06. April 2017